

10.03

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Frau Präsidentin! Herr Innenminister! Werte Kolleginnen und Kollegen! Der Innenminister und der Justizminister haben vorige Woche am Donnerstag den Aktionsplan „Sicheres Österreich“ erstmals vorgestellt, mit den Hinweisen, straffällige Ausländer sollten konsequenter und schneller abgeschoben werden und es soll Neuregelungen für Sexualstraftäter geben. Sie hoffen darauf, dass diese Vorlage im Juli beschlossen wird. – Das ist das Ziel der beiden Minister.

Ausgangslage waren sicherlich die beiden schweren Verbrechen, die am Praterstern und am Brunnenmarkt geschehen sind, welche durch nichts zu entschuldigen sind, wobei ich mit Kollegen Pilz einer Meinung bin, dass man das Verbrechen am Brunnenmarkt auch so nicht hätte verhindern können, und vor dem Hintergrund, dass die Kriminalität 2015 gesunken ist, außer – das hat auch der Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit im Zuge einer Pressekonferenz gesagt – einem Anstieg bei den Drogendelikten und Körperverletzungen.

Viele junge Männer, die in unser Land kommen, sind daran beteiligt, und diese, so die Worte des Herrn Innenministers und des Herrn Justizministers, sollen schneller außer Landes gebracht werden – ausländische Straftäter, aber auch EU-Bürger.

Das, was für mich immer sehr spannend klingt, ist, dass man Straftäter jetzt in Asylwerber und Asylberechtigte unterscheiden möchte. – Straftäter aller Nationen, die sich hier in Österreich befinden, sollen gemäß dem Rechtsstaat verurteilt werden! Ich denke, das ist eine Aussage, bei der alle zustimmen können. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Sie haben drei Maßnahmen genannt, Herr Innenminister: Asylwerber sollen nach der Verurteilung in erster Instanz in Schubhaft genommen werden. Frau Kollegin Steinacker hat das auch sehr stark unterstützt. Es wird aber rechtsstaatlich schwierig werden, denn wenn wir diese Menschen in Folge nicht außer Landes bringen können, was macht man dann mit ihnen weiter in der Schubhaft? – Das gehört diskutiert, und wir sind schon sehr gespannt auf die Vorlage, die wir von Minister Brandstetter bekommen werden.

Ein weiterer Punkt ist: Bei Verdacht von sexueller Belästigung und Nötigung soll es eine Meldepflicht und eine Belehrung durch die Polizei geben. – Das wird bei häuslicher Gewalt bereits praktiziert, das ist auch zu unterstreichen. Die Frage ist, ob wir das wirklich schon auf Verdächtige ausweiten können oder ob es wirklich erst eine Straftat erfordert.

Dasselbe gilt für die DNA-Abgabe – für Österreicher und/oder Ausländer – bei geringen Straftaten. Das ist mir noch zu vage formuliert. Das gehört noch genau formuliert und dann ausdiskutiert.

Dann gibt es ja noch die Diskussion darüber, dass Straftäter ihre Strafe im Heimatland absitzen sollen. Ich zitiere aus demselben Papier, aus dem Kollege Alm zitiert hat. Da steht unter anderem: „Wir haben in den Haftanstalten eine große Zahl von Straftätern aus den EU-Staaten, diese könnten wir ohne Probleme zurückbringen und ihre Strafen in den Heimatländern absitzen lassen. Ich bin bereits mit einigen Ländern in Kontakt.“ – Aussage des Herrn Justizministers Wolfgang Brandstetter.

Das ist gut, wenn er mit den Ländern in Kontakt ist. Im Augenblick haben wir aber keine gesetzliche Möglichkeit, diese Maßnahme auch durchzuführen. Da bin ich gespannt, wie sich das im Gesetzesvorschlag niederschlagen wird.

Das Konzept von Sicherheit ist ein seltsames, und es enthält verschiedene Komponenten – das hört man aus der heutigen Diskussion heraus –: Es geht um die subjektive Wahrnehmung, um die gefühlte gesellschaftliche Stimmung und um politische Maßnahmen. Die Reaktionen der ÖVP-Minister sind sicherlich ein Gemisch aus beidem: so ein bisschen Gefühlspolitik. Wenn Kollege Amon in seinem Redebeitrag gesagt hat, da geht es um die Sorge um den Arbeitsplatz, objektive/subjektive Sicherheit und auch ums Grenzmanagement, sieht man, wie umfassend man Dinge in dieses Thema hineinpackt, um noch zusätzlich Verschärfungen machen zu können.

Nichtsdestotrotz kann ich unterstreichen, Österreich ist ein sicheres Land, das darf man nicht vergessen, und es hängt auch davon ab, wie wir über diese Dinge hier im Parlament reden, wie wir sie ausdiskutieren und wie wir sie präsentieren. Den Herrn Außenminister möchte ich dann auch noch in die Pflicht nehmen – wirklich in die Pflicht nehmen! (*Beifall des Abg. Loacker*) –, denn er ist zuständig für Rücknahmeübereinkommen, die er zusätzlich diskutieren und verhandeln muss, weil in der Europäischen Union in den nächsten Jahren sicherlich kein entsprechendes Ziel da ist.

Wir haben in der letzten Asylnovelle auch Sprachkurse ab dem ersten Tag beschlossen. Das ist ein erster positiver Schritt, aber nichtsdestotrotz fordere ich auch den Herrn Integrationsminister auf, sich darum zu kümmern, dass Sprachkurse stattfinden und für jene Menschen, die jetzt bereits in Österreich sind, eine Beschäftigung darstellen. Ich unterstütze die Präventionsarbeit und vor allen Dingen

die freiwillige Rückreise, was aber beides damals in dieser Pressekonferenz leider noch kein Thema war. (*Beifall bei der SPÖ.*)

10.09

Präsidentin Doris Bures: Nächster Redner: Herr Abgeordneter Ertlschweiger. – Bitte.